

Dezember 2018

Länderbericht

Regionalteam Lateinamerika



Die vergessene Krise

Die humanitäre Krise in Venezuela erreicht kurz vor Weihnachten einen neuen traurigen Höhepunkt

Regionalteam Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Welt spricht in diesen Tagen viel von den Flüchtlingen aus Mittelamerika, die sich Richtung USA bewegen, aber eine ganz andere humanitäre Krise gerät darüber völlig in Vergessenheit, obwohl die Situation in Venezuela äußerst dramatisch ist. Für viele Venezolaner wird das Weihnachtsfest 2018 eines der traurigsten in der neueren Geschichte des erdölreichsten Landes der Welt. Die anhaltende Hyperinflation, die faktische Dollarisierung und die hohe Arbeitslosigkeit stellen die meisten Venezolaner vor existentielle Herausforderungen. Vielen blieb daher als einziger Ausweg nur die Auswanderung. So müssen viele venezolanische Familien getrennt von ihren Verwandten und Freunden die Weihnachtszeit verleben. An Geschenke oder ein besinnliches Weihnachtsmahl ist zurzeit kaum zu denken. Auch 2019 verspricht keine positiven Veränderungen.

Hyperinflation dauert an

In den letzten beiden Jahren durchlebt Venezuela eine humanitäre Krise, die sich durch eine katastrophale Wirtschaftspolitik und die damit verbundene Hyperinflation täglich verschlechtert. Vor allem die Jahre 2017 und 2018 waren von einer der höchsten je registrierten Hyperinflation weltweit geprägt. Im November 2018 betrug die tägliche Inflation drei Prozent, die monatliche Inflation 144,2 Prozent, die Inflation im Vergleich zum Vorjahr 1.299.724 Prozent und die Inflation bei den Preisen von Lebensmitteln und nicht-alkoholischen Getränken 171 Prozent.¹ Der Großteil der Bevölkerung hat keinen Zugang zu einer ausländischen Fremdwährung, vorrangig dem US-Dollar, und kann sich oft keine Grundnahrungsmittel, Bildung, Transport und vor allem Medikamente leisten. Er ist praktisch zu 100 Prozent vom sozialistischen Regime, z. B. durch Lebensmittelkarten und Lebensmittelboxen, abhängig. Hunger als politisches Druckmittel und eine stärker werdende politische Repression sind damit eine alltägliche Realität. Die venezolanische Mittelschicht ist zu einem großen Teil bereits ausgewandert. So schreitet die Spaltung der Gesellschaft in eine kleine sehr wohlhabende Oberschicht, eine Mischung der neuen und alten Eliten, und eine bitterarme Unterschicht unaufhaltsam voran.

Offizielle statistische Daten zur sozioökonomischen und humanitären Situation in Venezuela sind größtenteils nicht vorhanden. Studien von lokalen, nationalen sowie internationalen Organisationen zeigen jedoch, dass sich die sozio-ökonomischen Verhältnisse rasend schnell verschlechtern. Eine der wichtigsten Umfragen ist die ENCOVI-Studie (*Encuesta sobre las Condiciones de Vida en Venezuela*), die zur Feststellung der Lebensbedingungen unter Beteiligung der Katholischen Universität Andrés Bello (UCAB) durchgeführt wird. Eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen arbeitet außerdem gemeinsam mit der von der Opposition dominierten Nationalversammlung an der Erhebung von Daten zum Zustand des Gesundheitswesens und der Wirtschaft.

Ein weiterer wichtiger Indikator für die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Venezuela sind außerdem die steigenden Migrationszahlen, die vom UNHCR (UN Refugee Agency) und der IOM (Internationale Organisation für Migration) erhoben und geordnet werden.

Ernährungsunsicherheit

Die Bevölkerung verbringt einen Hauptanteil ihrer Zeit mit der Beschaffung von Lebensmitteln und Medikamenten. Selbst gut ausgebildete Venezolaner mit akademischen Abschlüssen können mit ihrem Gehalt den Warenkorb für eine normale Familie nicht mehr bestreiten und sind oftmals auf zusätzliche Einkünfte aus dem Ausland angewiesen. Diese Zuwendungszahlungen aus dem Ausland (span. *remesas*) werden immer wichtiger, auch in den Armenvierteln des Landes. Mittlerweile sollen rund 25 Prozent der Bevölkerung auf die *remesas* zurückgreifen können und müssen. Daran konnte auch die Währungsumstellung vom 20.08.2018 nichts ändern, im Gegenteil. Die Regierung strich einfach die letzten fünf Nullen der vorherigen Währung Bolívar Fuerte und bestimmte bei einem Großteil von Grundnahrungsmitteln subventionierte Festpreise und erhöhte drastisch den Mindestlohn in der neuen Währung Bolívar Soberano. Die direkte Konsequenz war eine Preisexplosion und eine faktische Dollarisierung der Wirtschaft. Regulierte Produkte wie Fleisch, Eier, Butter, Milch sind kaum oder nur noch zu extrem hohen Preisen und auf dem Schwarzmarkt zu bekommen. Es kam und kommt zu regelmäßigen Plünderungen. Des Weiteren kommt es gerade im Vorfeld vom Weihnachtsfest zu einer Vielzahl von oft spontanen, über das ganze Land verteilten, Protestkundgebungen, die aus der Zivilgesellschaft heraus organisiert werden. So gehen z. B. Rentner für ihre nichtgezahlten Pensionen auf die Straße und rufen Bürgerkomitees zum Protest gegen die katastrophalen Verhältnisse bei der Wasser- und Stromversorgung sowie beim öffentlichen Nahverkehr auf.

Die Lebensmittelproduktion kommt immer mehr zum Erliegen und das sozialistische Regime benötigt steigende Lebensmittelimporte aus dem Ausland. Viele kleine Betriebe und Unternehmen mussten im Zuge der Währungsumstellung endgültig schließen. Ein weiterer harter Schlag für den kleinen verbleibenden Privatsektor im Land. Für Januar wird prognostiziert, dass die Knappheit an Grundnahrungsmitteln zunimmt.

In der ENCOVI-Umfrage von 2017 gaben 90 Prozent der befragten Haushalte an, dass ihr Einkommen nicht für die Lebensmittelgrundversorgung ausreicht. Eine weitere erschreckende Zahl zeigt, dass 80 Prozent angaben, ihre Mahlzeiten zu verkleinern, da es an Lebensmitteln mangelt oder diese unerschwinglich sind. Die Studie geht davon aus, dass 80 Prozent der befragten Haushalte im Jahr 2017 nicht als ernährungssicher eingestuft werden konnten.² Alle beteiligten Experten sind sich sicher, dass die Zahlen für das Jahr 2018 und 2019 erheblich negativer ausfallen werden.

Zusammenbruch des Gesundheitssystems

Der traditionell gut ausgebildete Gesundheitssektor wurde besonders stark von der Migrationsbewegung getroffen. So haben 55 Prozent des registrierten medizinischen Personals, 24 Prozent der Krankenschwestern³ sowie 30 Prozent des technischen Laborpersonals ihren Job in Venezuela aufgegeben und migrierten vornehmlich in südamerikanische Nachbarländer.^{4,5} Gerade in Chile und Argentinien wird gut ausgebildetes medizinisches Personal für die entlegeneren Landesteile gesucht und benötigt.

Neben der extrem prekären Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln sowie der sich rapide verschlechterten hygienischen Situation aufgrund von immer größeren Ausfällen

innerhalb der Wasser-, Strom- und Abfallentsorgung, ist wohl der weit beunruhigendere Aspekt der humanitären Krise das komplett in sich zusammenfallende Gesundheitssystem. So brechen eigentlich gut unter Kontrolle gehaltene Krankheiten erneut aus und stellen aufgrund der starken Migration auch eine direkte Gefahr für die Region dar.

Die Krankenhäuser befinden sich in schlechten, desolaten Zuständen und können selbst eine medizinische Grundversorgung nicht leisten, da es an allem Notwendigen, vorrangig an Medikamenten und Verbandsmaterial mangelt. Die Krankenhausumfrage, die in Kooperation mit der legitimen, demokratischen Nationalversammlung auf den Weg gebracht wurde, zeigte im März 2018, dass von 134 befragten Krankenhäusern in 22 der 24 Bundesstaaten ein Großteil nicht vollfunktionsfähig war. 79 Prozent der Einrichtungen berichteten über Ausfälle bei der Wasserversorgung, 94 Prozent verfügten über keine oder nur teilweise funktionierende Röntgen-Apparate und 88 Prozent klagten über starke Engpässe bei der Medikamenten-versorgung (Encuesta Nacional de Hospitales 03/2018).⁶

Die schlechten hygienischen Bedingungen, gepaart mit der Knappheit von Standardmedikamenten, haben teilweise dramatische Entwicklungen herbeigeführt. So stieg im Jahr 2016 die Kindssterblichkeit um 30 Prozent und die Mütter-sterblichkeit sogar um 65 Prozent im gleichen Zeitraum.⁷

Diese Negativ-Liste lässt sich für eine Vielzahl von Krankheiten fortführen. So ist seit 2016 auch wieder eine Vielzahl von Fällen von Diphtherie zu registrieren. Eine Krankheit, die in Venezuela eigentlich nicht mehr existierte. Man spricht mittlerweile von epidemischen Zuständen. Bis August 2018 wurden 1.217 Fälle bestätigt und über 2000 unter Verdacht registriert.^{8,9,10}

Ähnliche Dimensionen sind bei Tuberkulose und Malaria festzustellen. Im Vergleich zu 2016 wurde bei Malariafällen 2017 ein Anstieg von 69 Prozent verzeichnet. Schätzungen gingen für 2017 von 406.000 Malariaerkrankten aus.^{11,12} Die Zahlen sind alarmierend, denn aufgrund der fehlenden Behandlungsmöglichkeiten und der zusammenbrechenden Infrastruktur (Wasserversorgung, stehendes Wasser in der Kanalisation, etc.) wird von einer hohen Neuansteckungsrate von bis zu 700.000 Fällen und sogar von möglichen 1500 Toten ausgegangen.¹³ Zwischen 2000-2018 ist ein Anstieg von 1.950 Prozent zu verzeichnen. Laut aktueller Zahlen der Nichtregierungsorganisation Alianza Salud liegt die Zahl der Malariafälle in diesem Jahr geschätzt bei über 610.000, bei bereits 450 Todesfällen.

Bei den Tuberkuloseneuerkrankungen wurden 10.952 Neuinfektionen registriert. Somit lag der Anstieg zwischen 2011 und 2017 laut WHO bei 67 Prozent.^{14,15}

Ebenfalls gehen Experten von einem bedrohlichen Anstieg bei der Ansteckung von unterschiedlichen Geschlechtskrankheiten aus. Die fehlenden Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten sowie die immer weniger vorhandenen Verhütungsmöglichkeiten sind alarmierende Indizien für die starke Verbreitung von sexuell Übertragbaren Krankheiten, wie zum Beispiel HIV, Hepatitis C, etc.

So stieg die Neuansteckungsrate bei HIV zwischen 2010-2016 um 24 Prozent, wobei nur im Jahr 2016 6.500 neue Fälle bekannt sind. Aufgrund der fehlenden Ausstattung sind HIV-Test und die notwendige Behandlung kaum möglich.¹⁶

Bildungssystem leidet unter der Krise

Das Bildungssystem ist ebenfalls stark von der humanitären Krise in Venezuela betroffen. Die dieses Jahr erschienene ENCOVI-Studie zeigt, dass circa eine Million Schüler zwischen 3 - 17 Jahren nicht mehr die Schule besuchen und zusätzlich 2,8 Millionen Kinder nur unregelmäßig am Unterricht teilnehmen.¹⁷

Die Gründe der Abwesenheit hängen meist direkt mit der schlechten Versorgungslage und Infrastruktur zusammen. Öffentliche und private Schulen leiden außerdem unter den starken Auswanderungsbewegungen innerhalb des Lehrpersonals sowie der Schülerschaft. Dies trifft auch für die Universitäten zu. Die niedrigen Gehälter der Berufsgruppe der Lehrer sowie der Universitätsprofessoren hat viele dazu bewegt, ins Ausland abzuwandern oder einer anderen Tätigkeit in Venezuela nachzugehen.

Der sogenannte *brain drain* stellt sich für Venezuela noch dramatischer dar, da zum jetzigen Zeitpunkt nicht genügend gut ausgebildete Nachwuchskräfte heranwachsen, die dem Land für einen möglichen Wiederaufbau fehlen werden.

Massenauswanderung steigt

Laut der IOM lebten Ende 2017 von 31,8 Millionen Venezolanern 1,6 Millionen außerhalb ihres Heimatlandes. 2014 waren es lediglich 700.000.¹⁸ Im Laufe des Jahres 2018 haben sich die Auswanderungszahlen nochmals dramatisch erhöht. Im November 2018 lag laut UNHCR die Zahl von venezolanischen Migranten und Flüchtlingen bereits bei 3,3 Millionen. Der Großteil der Venezolaner sucht Zuflucht im Nachbarland Kolumbien und weiteren Staaten Latein- und Mittelamerikas. So leben mittlerweile über eine Million Venezolaner in Kolumbien, gefolgt von Peru, wo Ende 2018 über eine halbe Million Venezolaner eingetroffen sind.

Andere wichtige Aufnahmeländer sind Ecuador mit über 220.000, Argentinien 130.000, Chile über 100.000, Panama 94.000 und Brasilien, wo kurz vor dem Jahreswechsel 85.000 Venezolaner leben.¹⁹ In den USA gibt es außerdem schon seit vielen Jahren eine bedeutende venezolanische Gemeinde (circa 290.000 in 2016). Dasselbe gilt für Spanien, wo bereits 2017 mehr als 200.000 venezolanische Staatsbürger, hiervon viele mit doppelter Staatsangehörigkeit, registriert waren.²⁰

Der Leiter der kolumbianischen Migrationsbehörde, Christian Kruger, geht zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass, wenn sich die dramatische wirtschaftliche Lage nicht ändere, die Zahl, der in Kolumbien lebenden Venezolaner sich im Laufe des Jahres 2019 verdoppeln könnte. Eine ähnliche Perspektive schließt er für die anderen Hauptaufnahmeländer ebenfalls nicht aus.²¹ Führende Wissenschaftler des Center for International Development der Harvard University, unter der Leitung des venezolanischen Ökonom Ricardo Hausmann, schätzen, dass bereits jetzt über 5 Millionen Venezolaner außerhalb ihres Heimatlandes leben.²² So scheint die Projektion, dass bis Ende 2019 mehr als 7 - 8 Millionen Venezolaner, ein Viertel der Gesamtbevölkerung, ihr Land verlassen könnten, als nicht ganz unrealistisch.

Laut dem UNHCR verlassen die Migranten aus einer Vielzahl von Gründen Venezuela. Hierbei spielen politische Verfolgung, Lebensmittel- und Medikamentenknappheit eine wesentliche Rolle. Die Befragung von venezolanischen Migranten in den Grenzregionen Kolumbiens zeigte, dass 90 Prozent der Befragten aufgrund von Lebensmittelknappheit

emigriert sind, 82 Prozent gaben als Grund das Fehlen von Arbeitsplätzen an, die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von notwendigen Medikamenten nannten 54 Prozent und für 49 Prozent war die allgemeine Unsicherheit und Gewalt der Grund für das Verlassen ihres Heimatlandes.²³ In Peru zeigten die Umfragen eine Verlagerung der Beweggründe. Aus wirtschaftlichen Gründen emigrierten hier 58 Prozent der Befragten, jedoch nur 8 Prozent aufgrund der Lebensmittel- und Medizinknappheit.²⁴

Diese Zahlen zeigen auch, wie unterschiedlich die Migration je nach Region ist. Ins südlicher gelegene Peru sowie auch Argentinien, Uruguay und Chile sind zunächst vor allem gut ausgebildete Venezolaner aus der ehemaligen Mittelschicht eingewandert. War in den letzten 10 Jahren die Migrationsbewegung sehr stark vom Bildungsbürgertum geprägt, wandern seit 1 - 2 Jahren verstärkt Menschen aus den oftmals ungebildeten ärmeren und sozialschwachen Teilen der Gesellschaft aus. Die direkten Auswirkungen zeigen sich in den Nachbarländern, wo sich viele Venezolaner zunächst nicht den Traum von einem besseren Leben verwirklichen können, sondern in die nächste prekäre Armutssituation rutschen. Kolumbien und Brasilien haben bereits die internationale Gemeinschaft um Hilfe gebeten, da die nationalen Sozialsysteme mit der Massenmigration schlicht weg überfordert sind. Die Auswirkungen der Migrationskrise spürt man mittlerweile in ganz Südamerika. Somit hat sich die venezolanische Diaspora zu einem regionalen Problem entwickelt.

Die Asylanträge von Venezolanern liefern ebenfalls deutliche Zahlen. Waren es im Jahr 2014 nur knapp über 4000 Venezolaner, die Asyl beantragten, stieg die Zahl bis Mitte 2018 auf 282.180; davon wurden alleine im Jahr 2017 113.000 Asylanträge gestellt.²⁵ Dies ist ein klares Anzeichen dafür, dass sich das Land in einer dramatischen humanitären, politischen und wirtschaftlichen Krise befindet. Bisher hat das sozialistische Regime in Caracas die Massenmigration und die interne humanitäre Krise jedoch als eine negative Propaganda aus dem imperialistischen Ausland, besonders Kolumbien und den USA, abgetan und negiert.

Politischer Ausblick

Die interne politische Krise spitzt sich zudem weiter zu. Der Tod des Oppositionspolitikers Fernando Albán (Primero Justicia) am 8.10.18 hat für große Aufregung in und außerhalb Venezuelas gesorgt. Albán wurde vor seinem Tod direkt nach seiner Rückkehr von einer Reise nach New York vom Geheimdienst SEBIN festgenommen. Er wurde beschuldigt, an dem „mutmaßlichen“ Attentat gegen Präsident Maduro am 4. August 2018 beteiligt gewesen zu sein. Die staatlichen Behörden behaupteten, dass Albán Selbstmord begangen und sich aus dem 10. Stock des Geheimdienstgebäudes gestürzt habe.

Die gesamte Opposition zweifelt bis heute an dieser Version, da sich unterschiedliche offizielle Stellen widersprüchlich äußerten. Es wird davon ausgegangen, dass Albán während des Verhörs zu Tode kam und die Regierung diese Tatsache vertuschen wollte. Von vielen Regierungen weltweit wurde eine transparente Aufklärung gefordert. So auch von der Bundesregierung. Das Regime reagierte sofort und ermahnte die deutsche Kanzlerin, die staatliche Souveränität Venezuelas nicht in Frage zu stellen.

Auch der UN-Menschenrechtsrat übte scharfe Kritik. Der venezolanische Staat sei seiner Verpflichtung, die Sicherheit von Inhaftierten zu gewährleisten, nicht nachkommen.

Seit bereits mehr als vier Monaten ist der Abgeordnete der venezolanischen Nationalversammlung Juan Requesens (Primero Justicia) in Haft. Auch ihm wird vorgeworfen, maßgeblich am „mutmaßlichen“ Attentat beteiligt gewesen zu sein. Seine

Immunität als Abgeordneter wurde aufgehoben. Zu Beginn seiner Verhaftung wurden Videos veröffentlicht, die stark darauf hindeuteten, dass er auf Drogen gesetzt und vermutlich auch gefoltert wurde. Bei vielen Oppositionspolitikern hat sich die Angst vor politischer Verfolgung im Anschluss zunehmend vergrößert. Die Fälle zeigten, dass sich die Willkürlichkeit des Regimes erheblich erhöht hat. Die anhaltende Wirtschaftskrise sowie interne Scharmützel in der Führung des Regimes führen dazu, dass das Regime als einzigen Weg zur Machterhaltung die Verbreitung von Angst und stärkerer Unterdrückung sieht. Die Koalition für Menschenrechte und Demokratie (Coalición por los Derechos Humanos y la Democracia), eine aus führenden Strafrechtlern und Menschenrechtsanwälten bestehende Organisation, geht zu Beginn des Monats Dezember 2018 davon aus, dass zurzeit in Venezuela 401 Personen als politische Gefangene gehalten werden. Diese kommen meist aus der Zivilgesellschaft und dem Militär sowie Politiker, Polizisten und Studenten. Seit mehr als einem Monat sitzt auch der deutsche Journalist Billy Six im Gefängnis des venezolanischen Geheimdiensts SEBIN, genannt „El Helicoide“, das früher einmal als Einkaufszentrum funktionierte. Six wird unter anderem Rebellion und Spionage vorgeworfen.

Die jüngsten Kommunalwahlen vom 9. Dezember 2018, wenn das Wort Wahlen überhaupt Gebrauch finden kann, zeigten, dass das Regime selbst mit Sozialgeschenken keine Wähler mehr gewinnen kann. So lag die Wahlbeteiligung bei unter 28 Prozent. Selbst politischer Druck und Hunger als Druckmittel konnten die Bevölkerung nicht dazu bewegen, wählen zu gehen. Die Oppositionsparteien hatten geschlossen zum Boykott aufgerufen. Nur in einigen Oppositionshochburgen traten Wählerbündnisse an, um die Mehrheit in den Stadträten zu verteidigen. Dies gelang jedoch merklich nur in der Gemeinde El Hatillo, einem Hauptstadtbezirk von Caracas.

Das Regime hat seine politische Macht nun, außer in der legitimen Nationalversammlung, im ganzen Land auf dem Papier manifestiert. Die große Siegesfeier blieb jedoch aus. Die noch nie da gewesene Wählerenthaltung hat wohl doch überrascht.

Die Opposition versucht sich derweil neu aufzustellen und zu ordnen. Auf zahlreichen Regional-konferenzen und einer großen nationalen Abschlusskonferenz hat der Frente Amplio, ein Bündnis aus Teilen der ehemaligen Mesa de Unidad²⁶ und der Zivilgesellschaft sowie der katholischen Kirche, versucht, Einigkeit zu demonstrieren. Die Ergebnisse sind vorsichtig zu bewerten. Aber es wurde dennoch deutlich, dass es immer noch eine große Anzahl von zivilgesellschaftlichen und politischen Kräften im Land gibt, die versucht, mit demokratischen Mitteln einen Regimewechsel herbeizuführen und bereit ist dafür zu kämpfen.

Das nächste Schicksalsdatum ist der 10. Januar 2019. An diesem Tag ist die illegitime Amtseinführung von Präsident Nicolás Maduro. Stellt sich die Frage, wie die internationale Gemeinschaft auf einen, dann wirklich, komplett illegitimen venezolanischen Präsidenten reagiert.

Aus diplomatischen Kreisen der Lima-Gruppe (Argentinien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Mexiko, Panama, Paraguay und Peru) ist zu vernehmen, dass es Überlegungen gibt, sämtliche diplomatische Beziehungen zu kappen, wenn der Präsident sich erneut ins Amt heben lässt.

Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini ließ verlauten, dass die EU-Mitglieder eine einheitliche, deutliche und klare Position bezüglich

des 10. Januars gefunden haben. Mogherini betonte außerdem, dass die diplomatischen Beziehungen der EU normalerweise mit Staaten verbunden sind und nicht mit Regierungen.²⁷ Aus Diplomatentreisen ist zu vernehmen, dass keine Vertreter der EU an der „Amtseinführung“ teilnehmen werden. Ob dies Eindruck bei den Machthabern in Caracas macht, scheint fraglich. So beauftragte der Präsident zuletzt seinen Außenminister damit, dem diplomatischen Corps mitzuteilen, dass jegliche Kritik an der Regierungsführung unerwünscht sei. Diese Drohung richtete sich vor allem gegen den Erzfeind USA, aber auch gegen das verhasste Kolumbien und dessen Unterstützer in der Region. Wer die „Regierung“ in Caracas kritisiere, könne gerne seine Koffer packen.

Das sozialistische Regime in Caracas negiert weiterhin die humanitäre Krise und verhöhnt damit Millionen Venezolaner, die sich zurzeit auf der Flucht bzw. auf der Suche nach einer besseren Zukunft in ganz Lateinamerika, den USA und Europa befinden. Ohne eine Kursänderung innerhalb der Regimeführung scheint ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Katastrophe kaum erreichbar und wird es für die internationale Gemeinschaft extrem schwierig, humanitäre Hilfe zu leisten.

Doch der Druck auf das Regime wächst. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sowie die UN-Generalversammlung haben das Thema Venezuela auf die aktuelle Agenda gesetzt. Eine Koalition von lateinamerikanischen Staaten (Argentinien, Chile, Kolumbien, Paraguay, Peru) plus Kanada verfolgen die Strategie den Präsidenten Nicolás Maduro wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit von den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu bringen und hat die Voruntersuchung eingeleitet.

So wächst zwar der internationale Druck auf das angeschlagene Regime in Caracas, dieses kann jedoch weiterhin auf mächtige Verbündete aus Russland, China, Iran, Kuba und der Türkei zählen. Obwohl anzumerken ist, dass China und Russland allmählich ungeduldig werden. Die chinesischen und russischen Wirtschaftsinteressen bzw. Forderungen kann das Regime in Caracas momentan nicht mehr bedienen und erfüllen. Zwar schickte Präsident Putin kürzlich zwei atomwaffenfähige Langstreckenbomber nach Caracas, hat diese jedoch, angeblich auf Druck der USA, schon wieder abgezogen. Somit konnte das Regime von Maduro nur kurz seine Muskeln spielen lassen. Dennoch scheint es in Caracas die militärische Kooperation mit Russland zu vertiefen. Überraschend war jedoch, dass Putin den G20-Gipfel in Argentinien nicht mit einem Besuch in Caracas verbunden hat, wie zum Beispiel der türkische Präsident Erdogan. Er reiste im Anschluss an den G20-Gipfel in die venezolanische Hauptstadt, mit dem Ziel, vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gemeinsame Feindbilder, allen voran die USA, teilen beide Länder. Das Regime in Caracas scheint auf den ersten Blick in der Weltgemeinschaft isoliert, verfügt aber immer noch über enge Beziehungen zu vielen mächtigen Autokratien weltweit.

Die internationale Gemeinschaft muss in Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften in Venezuela den Dialog zu den heutigen Verbündeten des Regimes suchen und darf die humanitäre Krise und ihre Ausmaße nicht unterschätzen. Hierbei müssen die lateinamerikanischen Staaten eine Schlüsselrolle spielen und gemeinsam agieren. Auch der EU fällt eine wichtige Vermittlerrolle zu. Frederica Mogherini betonte jüngst, dass eine Kontaktgruppe zur Förderung des Dialogs und der Mediation zwischen Regime und Opposition von Seiten der EU schnellstmöglich gebildet werden soll und muss. Denn längst ist die humanitäre Krise in Venezuela keine rein venezolanische, sondern eine lateinamerikanische, sogar internationale.

- ¹ Índice Nacional de Precios al Consumidor de la Asamblea Nacional www.asambleanacional.gob.ve (13.12.2018)
- ² <https://www.ucab.edu.ve/wp-content/uploads/sites/2/2018/02/ENCOVI-2017-presentación-para-difundir-.pdf> (10.12.2018)
- ³ <https://www.el-carabobeno.com/50-ciento-deficit-enfermeros-venezuela/> (12.12.2018)
- ⁴ <http://runrun.es/nacional/341472/federacion-medica-venezolana-22-mil-medicos-se-han-ido-al-exterior.html> (10.12.2018)
- ⁵ http://www.eluniversal.com/caracas/7304/medicos-obligados-hacer-diagnosticos-ciegas_ (15.12.2018)
- ⁶ https://public.tableau.com/profile/julioacstrom#!/vizhome/enh_2018/Story1?publish=yes_ (14.12.2018)
- ⁷ <https://www.hrw.org/news/2018/11/15/venezuela-numbers-highlight-health-crisis> (15.12.2018)
- ⁸ https://www.paho.org/hq/index.php?option=com_docman&view=download&category_slug=2018-9582&alias=46164-29-de-agosto-de-2018-difteria-actualizacion-epidemiologica&Itemid=270&lang=es (10.12.2018)
- ⁹ <https://www.derechos.org/ve/actualidad/sociedad-venezolana-de-salud-publica-y-red-defendamos-la-epidemiologia-nacional-alerta-difteria> (15.12.2018)
- ¹⁰ <https://www.hrw.org/news/2018/11/15/venezuela-numbers-highlight-health-crisis> (15.12.2018)
- ¹¹ <http://www.who.int/malaria/media/world-malaria-report-2017/es/> (12.12.2018)
- ¹² <https://www.hrw.org/news/2018/11/15/venezuela-numbers-highlight-health-crisis> (15.12.2018)
- ¹³ <http://efectocuyo.com/salud/centro-de-estudios-sobre-malaria-registro-1-400-casos-de-paludismo-en-primeros-meses-de-2018/> (10.12.2018)
- ¹⁴ https://extranet.who.int/sree/Reports?op=Replet&name=WHO_HO_Reports/G2/PROD/EXT/TBCountryProfile&ISO2=VE&outtype=html&LAN=ES (14.12.2018)
- ¹⁵ <https://www.ovsalud.org/boletines/salud/tuberculosis/> (12.12.2018)
- ¹⁶ <https://www.hrw.org/news/2018/11/15/venezuela-numbers-highlight-health-crisis> (15.12.2018)
- ¹⁷ <https://www.ucab.edu.ve/wp-content/uploads/sites/2/2018/02/ENCOVI-2017-presentación-para-difundir-.pdf> (12.12.2018)
- ¹⁸ https://www.iom.int/sites/default/files/situation_reports/file/venezuela_sr_20180411-18.pdf (10.12.2018)
- ¹⁹ <https://www.unhcr.org/news/press/2018/11/5be4192b4/number-refugees-migrants-venezuela-reaches-3-million.html> (15.12.2018)
- ²⁰ https://robuenosaires.iom.int/sites/default/files/Informes/Tendencias_Migratorias_Nacionales_en_Americas_Venezuela_EN_Julio_2018_web.pdf (15.12.2018)
- ²¹ <https://www.miamiherald.com/news/local/news-columns-blogs/andres-oppenheimer/article217662590.html> (15.12.2018)
- ²² <https://www.project-syndicate.org/commentary/ending-the-venezuelan-nightmare-by-ricardo-hausmann-2018-12> (15.12.2018)
- ²³ https://www.acaps.org/sites/acaps/files/products/files/20180523_acaps_thematic_report_humanitarian_crisis_in_venezuela.pdf (12.12.2018)
- ²⁴ https://www.iom.int/sites/default/files/situation_reports/file/venezuela_sr_20180419-25.pdf (10.12.2018)
- ²⁵ <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/64428> (14.12.2018)
- ²⁶ Die MUD ist ein Wahlbündnis der Opposition, das im Jahr 2008 gegründet wurde. Die wichtigsten Mitglieder sind heute die Parteien Primero Justicia, Voluntad Popular, Acción Democrática, La Causa Radical, Un Nuevo Tiempo.
- ²⁷ <https://www.europapress.es/internacional/noticia-ue-no-enviara-representacion-toma-posesion-maduro-si-celebra-asamblea-constituyente-venezuela-20181210170036.html> (15.12.2018)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Regionalteam Lateinamerika
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

stefan.reith@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)